

# „Dringliche“ Themen am Weltfrauentag

Sondersitzung mit Fokus auf Frauenkonjunkturpaket, Gewaltschutz und Alleinerzieherinnenhilfe.

**WIEN.** Am Weltfrauentag wird es auch im Parlament in einer Sondersitzung zum Thema „Auswirkungen der Coronapandemie auf Frauen“ – samt Dringlicher Anfrage an die Bundesregierung – hoch hergehen. In der Sondersitzung sollen neben einem Frauenkonjunkturpaket auch Gesundheitsfragen, Gewaltschutz und ein Alleinerzieherinnenpaket in den Fokus gerückt werden.

SPÖ-Frauensprecherin Gabriele Heinisch-Hosek schoss sich schon am Sonntag auf die Bundesregierung ein: „Das Schönreden der Bundesregierung hilft keiner einzigen Frau in der schwersten Krise seit 1945. Eine nie da gewesene Gesundheitskrise wirkt wie ein Brandbeschleuniger auf soziale und ökonomische Ungleichheiten.“

ÖVP-Frauenministerin Susanne Raab gab anlässlich des Weltfrauentags bekannt, dass sie spezielle Förderungen in Höhe von 1,3

Millionen Euro plane, um Frauen für besser bezahlte MINT-Berufe zu begeistern und ihre Finanzkompetenz zu stärken. Als weitere Schwerpunkte nannte Raab den Gewaltschutz und spezifische Arbeitsmarktförderungen für Frauen, um diese aus der massiv gestiegenen coronabedingten Arbeitslosigkeit zu holen. In der Coronakrise hätten die Frauen „Übermenschliches geleistet“, nun müsse man aufpassen, dass das Zurückdrängen der Frauen in den häuslichen Bereich während der Lockdowns nicht zu verfestigten Strukturen führe.

Grünen-Frauenchefin Meri Disoski sieht verpflichtende Einkommenstransparenz als wichtigste Maßnahme gegen die Lohnschere. Diese soll ab einer Firmengröße von 35 Mitarbeitern offenlegen, in welcher Position wie viel verdient wird, um damit die Lohnschere zu schließen und Altersarmut vorzubeugen. Auch die EU-Kommission hat diese Woche einen Vorschlag

vorgelegt, der Arbeitgeber aber nur ab 250 Beschäftigten zur regelmäßigen Offenlegung des Lohnunterschieds verpflichten soll.

Keine großen Schritte gemacht wurden im vergangenen Jahr, was den politischen Einfluss von Frauen betrifft: Der weibliche Anteil in der Bundesregierung (46,7 Prozent ohne Staatssekretäre) und in den Landesregierungen (39,7 Prozent) ist leicht gesunken. Im Nationalrat hingegen gibt es ein winziges Plus (auf 39,9 Prozent) und in den Landtagen ist der Anteil der Mandatarinnen von 31,8 auf 35,7 Prozent gestiegen, wie Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus und Demokratieforschung berechnete. Die türkis-grüne Bundesregierung bestand im Vorjahr mehr als zur Hälfte (53,3 Prozent) aus Frauen – aber weil anstelle der zurückgetretenen Christine Aschbacher im Jänner Martin Kocher (beide ÖVP) Arbeitsminister wurde, sank der Anteil wieder unter die 50er-Marke. SN, APA